



ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der Ickinger SPD

März / April 1998

17. Jahrgang - 58. Ausgabe

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

mehr als 4 Millionen Menschen sind in der Bundesrepublik *offiziell* als arbeitslos registriert. In Wirklichkeit sind es mehr als **7 Millionen**: Zu den offiziellen Zahlen kommen noch die *nicht registrierten* Arbeitslosen. Wenn man das Thema **Arbeitslosigkeit** anspricht, hört man häufig die Meinung: Viele wollen ja auch gar nicht arbeiten. Haben wir etwa gar keine richtigen Arbeitslosen? Natürlich gibt es auch „schwarze Schafe“. Die allermeisten Arbeitslosen wollen aber gerne arbeiten, sie finden nur einfach keine Stelle.

1991 lief die Wirtschaft in Westdeutschland prächtig. Der Wiedervereinigungsboom bescherte uns hohes Wachstum. Das führte in *Westdeutschland* zu einer sensationell niedrigen Arbeitslosenquote von unter 5 Prozent. In Zahlen ausgedrückt: Damals waren in den alten Bundesländern rund 1,6 Millionen Menschen arbeitslos – heute sind es über 3 Millionen. Wir haben also 1,4 Millionen Arbeitslose mehr in nur 7 Jahren. Ist das etwa ein plötzlicher Ausbruch von Faulheit?

Nein – es ist eine **falsche Politik**, die zu dieser hohen Arbeitslosigkeit geführt hat. Ein Blick in die USA und nach Großbritannien zeigt, warum dort die Arbeitslosigkeit niedriger ist als bei uns. Das liegt *nicht* am schlechteren Kündigungsschutz, *nicht* am angeblich besseren Wirtschaftsstandort. Wenn das der Grund wäre, hätte es das Job-Wunder in den Vereinigten Staaten oder in England schon in den achtziger Jahren gegeben. Die Arbeitslosigkeit ist dort aber erst in den 90er Jahren gesunken, als sich man von der radikalen Wirtschaftspolitik à la Reagan und Thatcher

verabschiedet hatte. Entscheidend waren zwei Dinge, die die Amerikaner und die Briten beherzigten: Niedrige Zinsen und kein Kaputtsparen der Konjunktur!

Clinton, Major und Blair haben die Verschuldung erst reduziert, als es der Wirtschaft wieder besser ging und die Steuerquellen stärker sprudelten. Kohl dagegen hält am „Turbo-Kapitalismus“ (Geissler), am Kaputtsparen und Sozialabbau fest. Was hat das bisher gebracht? Weder die Arbeitslosigkeit noch die Staatsverschuldung ist gesunken!

Ein moderne und gerechte Wirtschaftspolitik setzt die Schwerpunkte anders: An erster Stelle steht ein **neues Bündnis für Arbeit** zusammen mit der Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank. Das Ziel lautet: Geldwertstabilität *und* Arbeitsplätze. Der Weg dorthin führt über niedrigere Zinsen, mehr Investitionen in Forschung und Ausbildung und eine Steuerreform, die die Kaufkraft stärkt – aber keine, die Familien, Schichtarbeiter und Pendler stärker belastet als vorher. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die **Mittelstandsförderung**, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Risikokapital.

Es kommt also auf die richtige Politik-Mischung (Engl.: „Policy-Mix“) an, wenn man Arbeitsplätze schaffen will. Die Regierung Kohl bringt das nicht mehr, sie ist verbraucht. Deswegen brauchen wir einen Regierungswechsel: **Nur mit einer neuen Politik können neue, umweltfreundliche Arbeitsplätze geschaffen werden.**

Dr. Florian v. Brunn

Bericht aus dem Gemeinderat

Von Gerhard Jakobi

Haushalt '98 – eine bedenkliche Schieflage!

Die Haushaltsberatungen des Gemeinderates für das laufende Kalenderjahr haben erneut gezeigt, daß die jahrzehntelange stabile Finanzsituation der Gemeinde sich verändert hat. An die Stelle des Vermögenspolsters in Millionenhöhe mit Zinseinnahmen treten nun Schulden mit Zinszahlungen. Dies war angesichts gemeinsam beschlossener Projekte wie etwa Kanalisation, Volksschulerweiterung und Kindergartenbau vorauszusehen und bietet noch keinen Grund zur Panik. Es ist also in Ordnung, wenn jetzt sehr ernsthaft darauf geachtet wird, wo bei den Ausgaben Zurückhaltung geboten ist. Dies ist im Gemeinderat geschehen und über die Kürzungen wurde in der Tagespresse ausführlich berichtet.

Es wäre aber ebenso in Ordnung gewesen, sehr ernsthaft die Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung auszuschöpfen. Dies ist nicht in dem erforderlichen Umfang geschehen. Der Vorschlag des Gemeindegemeindevorstandes, die Grundsteuer, die in Icking 250% beträgt (der Landesdurchschnitt ist 294%, der Landkreisdurchschnitt 270%), anzuheben, wurde von der Gemeinderats-Mehrheit abgelehnt.

Wer den Ehrgeiz hat, bei den Grundsteuern Schlußlicht sein zu wollen, und gleichzeitig die Zuschüsse für

- die Vereine - die vor allem unsere Jugendarbeit tragen - ,
- die Sozialstation - die sich besonders um unsere älteren Mitbürger kümmert-,
- das Jugendcafe,
- die Förderung von Musikschülern,
- den Senioren-Ausflug und
- das Mittagessen für die Gemeinde-Arbeiter und Gemeinde-Angestellten,

die ja nicht gerade zu unseren Großverdienern gehören, streicht oder zum Teil drastisch kürzt, verabschiedet sich langsam aber sicher von der sozialen und gesellschaftlichen Verpflichtung der Gemein-

de. Wir haben dieser Fehlentscheidung deswegen nicht zugestimmt.

Noch ein Problem wurde in den Haushaltsberatungen sichtbar, auf das wir seit Jahren immer wieder hinweisen. Die Verzögerung des Projektes:

Einheimischen Modell am Schäftlarn Weg

hat nicht nur fatale Auswirkung für die Wohnungssuchenden in unserer Gemeinde, sondern stellt gleichzeitig einen eklatanten Fall von Mißwirtschaft dar. Das 10.000 m² große Grundstück wurde vor Jahren gekauft, um dort das Einheimischen-Modell zu verwirklichen. Zugegeben, die Verzögerungszeit geht zu einem großen Teil nicht auf das Konto des Gemeinderates oder gar der Verwaltung, sie wurde uns auch von beteiligten Behörden aufgezwungen. Seit geraumer Zeit aber weigert sich Bürgermeister Guggenmos mit seiner Gemeinderatsmehrheit, das Projekt konsequent vorwärts zu bringen. Die angeführten Schwierigkeiten mit den Anliegern müssen endlich angegangen und eine Lösung herbeigeführt werden. Liegenlassen und Nichtstun bedeutet jedenfalls Einnahmeverlust in einer Höhe von jährlich vielen tausend Mark. Noch ein Grund, den jüngst verabschiedeten Haushalt abzulehnen.

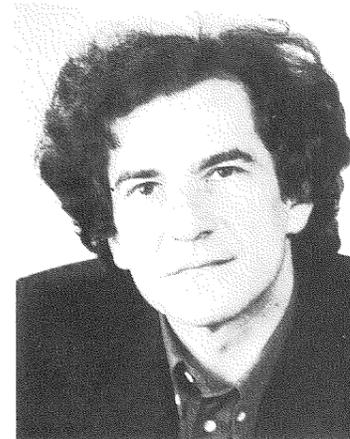
Impressum:

Herausgeber des *Schaukastens*: SPD-Ortsverein Icking. V.i.S.d.P.: Florian v. Brunn, Dorfstr. 6, 82057 Icking.
Redaktion: Christiane v. Beckerath, Florian v. Brunn.
Auflage: 1.200 Exemplare.
Druck: Fa. Paetzmann, Wolfratshausen.
Der *Schaukasten* wird auf chlorfreiem Papier gedruckt.

Der (Politik-)Wechsel kommt nicht von allein.

Von Klaus Barthel, MdB

Umfragen, Niedersachsen, Wolfratshausen, Schleswig-Holstein...: 15 Jahre Kohl-CSU-FDP- Politik sind am Ende. Von der Sache her sowieso. Was neu ist: Jetzt *wünscht* nicht nur eine Mehrheit den Wechsel, sondern *glaubt* auch daran.



Klaus Barthel aus Kochel ist Bundestagsabgeordneter für unseren Wahlkreis. Er leitet den Ausschuß für Post und Telekommunikation im Bundestag.

Aber halt: noch ist es nicht soweit. Die Landtagswahlen in Bayern am 13. September und die Bundestagswahlen am 27. September wollen erst noch gewonnen werden. Eine Zweidrittelmehrheit will zwar den Wechsel, zu viele zweifeln aber noch. "*Ihr* werdet es schon schaffen, wieder zu verlieren", sagen manche zu mir. Wie bitte? *Ihr? Ihr - die SPD?* Sicher "wir" haben Fehler gemacht. Das wird sich auch in Zukunft nicht hundertprozentig vermeiden lassen. Aber geschieht es uns dann allen recht, wenn die Falschen regieren?!

Die Menschen hierzulande haben es nicht verdient, immer mehr Steuern und Abgaben für immer weniger staatliche und soziale Leistungen zu bezahlen. 7 Millionen Menschen haben es nicht verdient, arbeitslos zu bleiben. Die arbeitenden Menschen haben es nicht verdient, einen immer kleineren Teil des von ihnen erarbeiteten Volkseinkommens zu erhalten. Wir alle haben es nicht verdient, daß die Umwelt ruiniert und unsere Zukunft verspielt wird.

Die Vorschläge der SPD für eine lebenswerte Zukunft liegen auf dem Tisch. Am 17./18. April werden sie auf dem Bun-

desparteitag in Leipzig zu einem Wahlprogramm zusammengefaßt, in Bayern wird die Aktion "Programm im Dialog" am 9. Mai mit dem Landesparteitag beschlossen. Die Personen stehen fest: vom Wahlkreis über Bayern bis zum Kanzlerkandidaten. Alles zusammen wird in den nächsten Wochen und Monaten präsentiert, auch in Icking und Umgebung. Jede und jeder hat die Möglichkeit zum direkten Kontakt, zum Gespräch, zur Diskussion.

Jetzt sind wir wieder beim *Ihr* und *Wir*. Als einem, der seit Jahren intensiv in diesem Wahlkreis politisch arbeitet, gibt es mir zuviel *Ihr*: *Ihr* in Bonn, *Ihr* in der SPD, *Ihr* Politiker, *Ihr* Funktionäre ... Ist das Demokratie? Die einen "machen" Politik, der Rest schaut zu, applaudiert, kritisiert oder interessiert sich gar nicht?

Wir in der SPD haben eine andere Vorstellung von Demokratie. Uns beunruhigen Gleichgültigkeit und Resignation, weil sie noch nie etwas Positives bewirkt und viel Negatives ermöglicht haben. Deshalb sind wir auf der Suche nach Menschen, die mitmachen, die mit uns die Zukunft gestalten, zum Beispiel als Mitglieder unserer Partei oder durch ihre Unterstützung im Wahlkampf.

Von nichts kommt nichts, auch nicht der dringend notwendige Regierungs- und Politikwechsel. Informationen und Unterlagen, zum Beispiel Programme und Infos zu Einzelthemen erhalten Sie in meinem Wahlkreisbüro.

Über Ihr Interesse würde ich mich sehr freuen.

Klaus Barthel

Wahlkreisbüro

Wallenburger Straße 12

83714 Miesbach -

T.: (08025) 4527

Fax: (08025) 1447

Am 13. September geht's um Bayern

Von Fabian v. Xylander

Bayern: Testwahl für den Bund? Alle reden von Schröder. Aber am 13. September, dem letzten Sonntag der Sommerferien und 14 Tage vor der Bundestagswahl, wählt Bayern einen neuen Landtag. Die Landtagswahl darf nicht nur Testwahl für die Bundestagswahl sein!



Fabian v. Xylander kandidiert im Wahlkreis Bad Tölz-Wolfratshausen für den Landtag. Er ist Mitglied im Landesvorstand der Bayern SPD und im Parteirat der Bundes-SPD.

CSU: Keiner will's gewesen sein. Die bayerische CSU und Ministerpräsident Stoiber haben die Bundestagswahl längst verloren gegeben. Sie werden alles versuchen, für die Bundespolitik nicht verantwortlich gemacht zu werden. Für Arbeitslosigkeit, ungerechte Steuerpolitik, Rentenkürzungen, Gesundheitsreform usw. sollen „die in Bonn“ den Kopf hinhalten. Aber: Die CSU ist Teil der Regierungskoalition und stellt mit Waigel und Seehofer maßgeblich verantwortliche Minister. Stoiber sitzt als stellvertretender CSU-Vorsitzender in der Koalitionsrunde und hat Versagen und Stillstand in Bonn zu verantworten.

„Bayern vorn“? Wer aber einen ausgesprochenen landespolitischen Wahlkampf der CSU erwartet, der wird wohl auch enttäuscht werden.

Ministerpräsident Stoiber und seine Staatsregierung werden uns nicht erklären, weshalb Bayern von Mai 1993 – dem Amtsantritt von Herrn Stoiber – bis Anfang 1998 die höchste Zuwachsrate bei der Arbeitslosigkeit aller westlichen Bundesländer zu verzeichnen hat (77% Plus!). Die CSU wird mit spitzen Fingern auf die Arbeitslosenzahlen im Saarland zeigen, ohne dazuzusagen, daß es auch in Bayern in

Problemregionen wie Passau, Hof und Schweinfurt Arbeitslosenquoten von bis zu 15% gibt.

Auch in der Schulpolitik werden wir es nicht erleben, daß uns die Staatsregierung erklärt, weshalb Bayern mit durchschnittlich 24,3 Schülern pro Grundschulklasse (Niedersachsen und Saarland 21,1) und 24,1 Schülern pro Hauptschulklasse (Niedersachsen 20,3; Saarland 21,6) bundesweit mit Abstand die größten Klassen aufweist. Auch bei den tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden pro Schüler ist Bayern im Vergleich mit anderen Bundesländern längst ins Mittelfeld abgerutscht. Und wenn sich die CSU mit ihrer Forderung nach einer sechsjährigen Realschule durchsetzt, wenn sich also für alle Kinder die Schullaufbahn bereits nach 4 Jahren entscheidet, dann wird der Leistungsdruck und damit der Streß für Kinder, Eltern und Lehrer an den Grundschulen noch stärker.

Politikwechsel - auch für Bayern! Wir werden uns für einen Politikwechsel im Bund und in Bayern einsetzen. Wir brauchen eine aktive Beschäftigungspolitik, die ihren Namen verdient, die Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdient. Wir brauchen eine gerechte Steuerpolitik, die Normalverdiener und Einkommensschwache entlastet und diejenigen stärker belastet, deren Einkommen dies zuläßt. In Bayern brauchen wir Schulen, die stärker fördern statt auslesen. Statt der Einführung der sechsjährigen Realschule werden wir die Klassenstufen 5 und 6 als flexible Orientierungsstufe gestalten, so daß nicht schon nach der 4. Klasse über die weitere Schullaufbahn aller entschieden werden muß. Wir werden die Grundschule zur verlässlichen Halbtagschule ausbauen und mit einem bedarfsgerechten und flexiblen Angebot an Ganztagschulen, Schülertreffs, Spiel- und Lernstuben den veränderten Lebens- und Familienverhältnissen Rechnung tragen.

Über unser Regierungsprogramm „*Brücken in Bayerns Zukunft - Politik für den Menschen*“ wollen wir die nächsten Monate mit den Wählerinnen und Wählern diskutieren. Denn es geht um Bayern!

Umweltfreundliche Verkehrspolitik heißt nicht 5 Mark pro Liter!

Von Wolfgang Bambuch

Eine moderne, umweltgerechte Verkehrspolitik erschöpft sich nicht in der Forderung nach 5 Mark pro Liter Benzin. In der Fachpresse ließen sich vor einiger Zeit die verkehrspolitischen Ziele und Programme der unterschiedlichen Bundestagsparteien nachlesen. An erster Stelle formulierte Verkehrsminister Matthias Wissmann: leistungsfähig, investitionsfördernd, kostengünstig soll das Verkehrssystem sein. Sehr schön! – Nur leider kein Wort zur Umwelt! Ganz ähnlich äußerte sich Dirk Fischer (CDU/CSU). Horst Friedrich (FDP) plädierte eindringlich für Privatisierungen aller Art - Kein Wort zur Umwelt! Die durch Lärm, Abgase und Unfälle verursachten Konflikte wurden nicht angesprochen. Dabei lautete das Thema: „Wohin steuert die deutsche Verkehrspolitik?“

Die Antwort auf die drängenden Umweltfragen im Umweltkonflikt kamen schließlich von Elke Ferner (SPD). Sie definierte als Ziele, das Wirtschafts- vom Verkehrswachstum zu entkoppeln, Verlagerungen

auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn, Binnenschiff und öffentlicher Nahverkehr vorzunehmen, und den Straßenverkehr umweltgerecht zu gestalten. Wer Ferners Argumente liest, stellt fest: Die simple Forderung nach einem Benzinpreis von 5 Mark pro Liter löst die Probleme nicht.

Ein Beispiel: Falsche Subventionen einerseits und fehlende Preise für Umweltverbrauch andererseits verhindern, daß ausgewogene, faire Wettbewerbsbedingungen entstehen. Deswegen: Fahrleistungsbezogene Straßenbenutzungsgebühren für LKWs. Moderne Verkehrspolitik kann aber auch heißen: Verbrauchsbegrenzung, Ruhezeiten, Vorrang für öffentliche Verkehrsmittel in der Straßenverkehrsordnung. Dies ist nur ein Ausschnitt aus dem Programm, das die SPD vorgelegt hat. Übrigens: Rufen Sie mich doch einfach an, wenn Sie die unterschiedlichen Standpunkte zur Verkehrspolitik selbst lesen wollen.

„Bund Naturschutz als größter Gegner“?

Von Alfred von Hofacker:

Gemeindliche Zuschüsse soll in Zukunft nur erhalten, wer sich „wohlverhält“ und dem Bürgermeister keinen Ärger machen. Das mußte die Ickinger Ortsgruppe des Bund Naturschutz erfahren, als ihr die Ratsmehrheit am 9. März jeglichen Zuschuß verweigerte. Dabei ging es um 192.-DM. „Ich bin nicht bereit, die destruktive Arbeit der Ortsgruppe mit Steuergeldern zu unterstützen“; das Tun des BN sei „absolut gegen die Interessen der Gemeinde gerichtet“, wird der Bürgermeister (Isar-Loisach-Bote 22.3.98) zitiert.

Ich bin kein Mitglied des BN, aber diese Art des „Abwatschens“ zeugt nicht von Kritikfähigkeit, und führt leicht zu einer Verengung demokratischer Sichtweise. Man mag sich im Gemeinderat über die eine oder andere Kritik des BN ärgern. Auch ich habe mich geärgert, wie einseitig die Naturschützer die Wohnung im sog. Wasserhaus attackiert und große Gefah-

ren für die Wasserversorgung beschworen haben. Für diesen Zusammenhang gibt es bis heute keinen Beweis. Aber darf dieser Ärger dazu führen, daß die Arbeit der Ortsgruppe des BN im ganzen in Mißkredit gerät? Ich erwähne hier nur die herausragenden Verdienste, die sich gerade die Ickinger Naturschützer Jahr für Jahr um den Schutz der Kröten erworben haben. Ich meine deshalb, der Bürgermeister wäre gut beraten, seine Ausführungen in der Sitzung am 9. März noch einmal zu überdenken und hoffentlich mit der Unterstützung der Mehrheit des Rates dafür zu sorgen, daß der BN, Ortsgruppe Icking, nicht als „größter Gegner“ angesehen wird, sondern als eine Gruppe von Ickinger Bürgern, die sich für den Erhalt der Natur auch in unserer Gemeinde unbestreitbare Verdienste erworben hat, die mit einem Zuschuß von 192.- DM nun wirklich nicht zu reichlich belohnt werden.

Lokale Agenda 21 in Icking: Erste Ergebnisse

Von Klaus Kreuzer (Sprecher der Agenda 21 in Icking)

"Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert. Mehr Demokratie wagen!" (Willy Brandt)

Nachdem vor einem halben Jahr die Ziele einer lokalen Agenda 21 im Schaukasten beschrieben wurden, nun eine kurze Schilderung der Entwicklung seither:

Am 10. Februar fand in der Volksschule ein zweites Treffen für die Bürger und Bürgerinnen statt, das 50 Personen besuchten. Frau Gelius aus Irschenhausen hatte sehr treffend für jeden der Arbeitskreise (AK) ein humoristisches Plakat gezeichnet, vor dem dann jeweils die AK-LeiterInnen vortrugen. Die Ergebnisse der Arbeitskreise in Kürze:

AK Energie: Ein Strom-Meßgerät steht zum Ausleihen zur Verfügung. Damit kann der Verbrauch einzelner Geräte im Haushalt festgestellt werden, eine gute Voraussetzung für ein Energieverbrauchs-Bewußtsein. Es wurden für jeden interessante, leicht lesbare Merkblätter entwickelt, die die "heimlichen Stromfresser" im Haushalt aufzeigen und über energiesparende Kühlgeräte und thermische Solaranlagen informieren. Ein weiteres Blatt zur Wärmedämmung - der am wirkungsvollsten Maßnahme - ist in Vorbereitung. Die Blätter sind im Rathaus vorrätig. Eine Musteranlage für Photovoltaik für das Rathaus ist in Diskussion. (Hans-Peter Noll Tel.: 5007)

AK Verkehr: Hier beschäftigt man sich mit 30-km Zonen für die Schulbereiche, will sich für eine bessere Beleuchtung zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls um den Bahnhof einsetzen und entwickelte ein Merkblatt zu den Kosten für eine Autofahrt in die Stadt im Vergleich zu denen Kosten mit der S-Bahn. (Maria Chucholowski 5233 und Heinrich Thiele 95261)

AK Gesundheit: Er setzt sich für gesunde Ernährung und Versorgung aus der Region ein. Dadurch werden unnötige Transporte gespart. Ökologische Gesundheitsvorsorge und Entwicklung eines neuen Gesundheitsbewußtseins sind spezifische Anliegen. (Walter Sönning 5842)

AK Zukunftsfähige Lebensstile: In diesem Kreis werden Tips für eine dauerhafte Lebensqualität besprochen, mit denen - ohne große Verluste - ein nachhaltigerer Lebensstil eingeübt werden kann. Es gibt immer wieder

neue Ideen, wie Energie, Wasser, Abfall und Auto-Kilometer reduziert werden können. Ein Ziel ist es, immer mehr Haushalte zu gewinnen, also einen Schneeballeffekt zu erreichen. (Eva Kreuzer 5750)

AK Natur: Hier geht es um die Renaturierung und Kultivierung von Streuwiesen auf unserem Gemeindegebiet, was der Artenvielfalt zugute käme. Auch die Freilegung der eiszeitlichen Toteislöcher und die Anlegung eines ökologischen Wanderpfads könnte das Naturbewußtsein der Ickinger steigern. (Dr. Peter Schweiger 3202)

AK Öffentlichkeitsarbeit: Der Arbeitskreis hat ein Faltblatt entwickelt, das an alle Haushalte in Icking verteilt wird. Informationsbriefe für die Ickinger Bevölkerung sind geplant. (Friedrich Hemme 95252)

Die Arbeitskreise treffen sich einmal im Monat und bieten eine gute Gelegenheit, Ideen für ein "zukunfts-fähiges Icking" einzubringen, aber auch etwas zu lernen. **Nutzen Sie doch die Chance zum Mitmachen!** Rufen Sie die Arbeitskreisleiter einfach an! Mitdenker sind sehr willkommen! Ganz besonders junge Leute!

Agenda 21 im Isartal: Die Sprecher der Gemeinden Pullach, Baierbrunn, Schäftlarn, Icking, Wolfratshausen-Geretsried und Straßlach haben sich jetzt schon dreimal getroffen, um sich auszutauschen. In Schäftlarn wird ein Selbsterntefeld für Gemüse geplant, in Wolfratshausen-Geretsried ein Stromsparewettbewerb und ein ökologisches Ausbildungs- und Beratungsprogramm für die Wirtschaft (ÖKOPROFIT). In Bayern sind über 250 Gemeinden und Städte "auf dem Weg" zu einer Lokalen Agenda 21. Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen hat eine Förderung der Agenda-Prozesse angekündigt. Die Gemeinde Icking hat sich natürlich auch beworben.

Wenn Sie zweifelnd sind, ob Agenda 21 für Sie ein Thema sein könnte oder nicht, bedenken Sie bitte: Die meisten Menschen in unserer Gemeinde tun irgend etwas für die Umwelt. Im Hinblick auf die globalen Veränderungen ist es aber von zentraler Bedeutung, sehr viel mehr für eine nachhaltige Entwicklung zu tun. Und da sind in Icking sicher noch viele Beiträge möglich - ohne große Opfer